

# Autobranche warnt vor Verschärfung

BUND begrüßt EU-Klimaziele

VON SASCHA MEYER UND ANDREAS HOENIG

---

Berlin. Während Umweltschützer Pläne der EU-Kommission begrüßen, die Autoindustrie beim Klimaschutz noch stärker in die Pflicht zu nehmen, warnen deutsche Branchenvertreter vor einer nochmaligen Verschärfung europäischer Klimaschutzvorgaben. „Wir stehen zu den bestehenden, sehr ambitionierten CO<sub>2</sub>-Zielen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge sowie für schwere Nutzfahrzeuge bis 2030“, sagte ein Sprecher des Verbands der Automobilindustrie (VDA) am Sonnabend. Diese forderten bereits enorme Investitionen. Eine weitere Zielverschärfung würde in keiner Weise den dramatischen Konjunkturinbruch und die Folgen der Corona-Krise berücksichtigen. Wer dies jetzt fordere, überfordere die Autoindustrie in Europa und gefährde damit zusätzlich Arbeitsplätze ohne wesentlichen zusätzlichen Klimaschutzbeitrag.

Zuvor waren Berechnungen der EU-Kommission bekannt geworden, dass bei der von Brüssel anvisierten Verschärfung des europäischen Klimaziels die Emissionen aus dem Autoverkehr von 2021 bis 2030 um 50 Prozent sinken müssten. Ein internes Papier der Kommission geht davon aus, dass die EU-Klimagase bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Bisher ist das Ziel minus 40 Prozent.

## Konkrete Vorschläge erst 2021

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen will den Vorschlag für ein neues Klimaziel am nächsten Mittwoch offiziell vorstellen. Zum anvisierten 55-Prozent-Ziel hat die Kommission eine Machbarkeitsstudie erstellt, einschließlich Zahlen für den Autoverkehr. Konkrete neue Vorschläge für Flottengrenzwerte will die Behörde jetzt noch nicht vorlegen, sondern erst im Juni 2021. Beschlossen ist bisher, dass Neuwagen 2030 um 37,5 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen dürfen als 2021.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hält eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Werte bei Neuwagen um 60 Prozent bis 2030 für technisch machbar und klimapolitisch notwendig, wie ihr Verkehrsexperte Jens Hilgenberg am Sonnabend sagte. Wichtig sei darüber hinaus, dass die Angaben zum Kraftstoffverbrauch – anders als bisher – der Realität entsprechen und nicht geschönt würden.

Die deutsche Autoindustrie steht im Wandel hin zu alternativen Antrieben und immer mehr Internet im Auto. Vor allem mittelständische Zulieferer hängen nach wie vor am Verbrenner. Sie leiden zudem besonders unter der Absatzflaute in der Corona-Pandemie. Die Branche hält daher an ihrer Forderung nach einer Staatshilfe fest. Damit für einen Hilfsfonds mögliche Investoren gefunden werden könnten, schlägt der VDA eine Risikoabdeckung durch den Staat, etwa in Form von Bürgschaften vor.

---